

Die Bekämpfung von Extremismus und Terrorismus im wehrhaften Rechtsstaat

AUFSATZ DES NIEDERSÄCHSISCHEN MINISTERS FÜR INNERES UND SPORT,
 UWE SCHÜNEMANN MDL

Sicherheit ist ein Grundbedürfnis des Menschen. Sicherheit ist Lebensqualität. Und Freiheit kann sich nur dann entfalten, wenn ein Mindestmaß an Sicherheit gewährleistet ist. Mehr noch: Der demokratische und wehrhafte Rechtsstaat ist unabdingbar für unser Zusammenleben. Denn er ist die Klammer, damit eine offene Gesellschaft nicht aus den Fugen gerät.

Nur ein intaktes staatliches Gewaltmonopol kann Sicherheit und Ordnung gewährleisten. Und dafür brauchen wir schlagkräftige Sicherheitsbehörden und eine funktionierende Justiz. Ein hohes Maß an Sicherheit gelingt nur durch konsequentes Handeln, durch frühzeitige Intervention, durch Prävention und durch eine ständige Optimierung der Zusammenarbeit aller Sicherheitsbehörden.

Ich bin als Niedersächsischer Innenminister froh und dankbar, dass die Arbeit unserer Sicherheitsbehörden insgesamt Wirkung zeigt: Mit einer Aufklärungsquote von fast 63% für 2011 und von erneut über 61% für 2011 belegt Niedersachsen im Ländervergleich einen Spitzenplatz. Das sind großartige Zahlen: 2003 konnten lediglich 53,5% aller Straftaten in Niedersachsen aufgeklärt werden. Diese positiven Ergebnisse in der Sicherheitsarbeit müssen und wollen wir erhalten. Das ist unter den Bedingungen des demografischen Wandels und knapper Haushalte keineswegs einfach.

Qualifiziertes Personal in der Polizei, eine moderne Kriminal-, Informations- und Kommunikationstechnik, eine gute Ausstat-

tung und attraktive Rahmenbedingungen in der Organisation sind nun einmal nicht zum Nulltarif zu haben – aber notwendig für die innere Sicherheit. Denn die Gefährdungen für Staat und Gesellschaft werden immer vielschichtiger und dynamischer.

Und das gilt nicht zuletzt für den politischen Extremismus.

Das zurück liegende Jahr 2011 hat uns eindringlich vor Augen geführt, wie verwundbar unsere Gesellschaft durch extremistische Gewalttäter ist: Anfang März 2011 kam es am Flughafen Frankfurt/Main zu dem blutigen Anschlag eines Islamisten, der zwei US-Soldaten das Leben kostete. Im April 2011 wurden Mitglieder einer islamistischen Terrorzelle in Düsseldorf und Bochum festgesetzt, die mit einem Splitterbomben-Anschlag ein Blutbad in Deutschland anrichten wollten. Im September 2011 verunsicherte eine Serie von linksextremistischen Brandanschlägen auf die Deutsche Bahn die Gesellschaft. Als schließlich im November 2011 offenbar wurde, dass ein rechtsterroristisches Trio jahrelang mordend durch Deutschland gezogen ist, hat dies die Republik erschüttert.

BEKÄMPFUNG DES RECHTSEXTREMISMUS

Rechtsextremisten stehen für eine perfide Ideologie, die Menschen in „höherwertiges“ und „minderwertiges“ Leben selektiert. Zwar ist der Untergang der NS-Diktatur schon fast 70 Jahre her. Aber noch immer

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

BILDUNGSWERK HANNOVER

Februar 2012

www.kas.de/hannover

www.kas.de

lebt ihre Hassideologie bis heute in den Köpfen von Rechtsextremisten fort.

Die Mörder der Zwickauer Terrorzelle nannten sich selbst „Nationalsozialistischer Untergrund“. Das untermauert nur, wie ernst wir die Gefahren einer Radikalisierung durch rechtsextremistisches Gedankengut nehmen müssen. Der Fall der Zwickauer Zelle zeigt auf eindringliche Weise, dass sich nicht nur im islamistischen, sondern auch im neonazistischen Milieu seit Ende der 1990er Jahre Gewaltstrukturen herausgebildet haben, die eine besondere sicherheitspolitische Herausforderung darstellen.

Unsere Sicherheitsbehörden in Niedersachsen gehen mit ganzer Kraft gegen rechtsextremistische Umtriebe vor. Kernstück ist die Gesamtkonzeption zur Bekämpfung des Rechtsextremismus in Niedersachsen im Verantwortungsbereich des Innenministeriums. Sie enthält ein breites Bündel repressiver und präventiver Instrumente, die wir beständig fortentwickeln und der Gefahrenlage anpassen.

Wichtige und seit Jahren praktizierte Ansätze in der operativen Bekämpfung sind vor allem ein permanenter Verfolgungsdruck auf die Szene; die Nutzung aller rechtsstaatlichen Mittel, um Aufmärsche, Demonstrationen und Konzerte zu verhindern; eine umfassende Beobachtung der Szene mit nachrichtendienstlichen Mitteln.

Unser Ziel ist es, jeden Rechtsextremisten mit Namen zu kennen und ihn aus der Anonymität herauszuholen. Wir betreiben darüber hinaus im engen Schulterschluss mit der Zivilgesellschaft eine intensive Präventionsarbeit. Prävention durch Aufklärung ist der Schlüssel dafür, Rechtsextremisten und ihre gefährlichen Parolen zu entzaubern. Deshalb haben wir in Niedersachsen die „Niedersächsische Extremismus- Informationsstelle“ – kurz: NEIS – ins Leben gerufen, um dort die Präventionsarbeit des Verfassungsschutzes zu bündeln. Das Angebot ist breit gefächert: von Wanderausstellungen und Jugendkongressen zum Extremismus über gezielte Multiplikatorenberatung an Schulen bis hin zur Erwachsenenbildung.

Diese Angebote werden erfreulicherweise – gerade von Jüngeren – intensiv genutzt.

Seit November 2010 läuft überdies in Niedersachsen unter Federführung der Verfassungsschutzbehörde das Aussteigerprogramm „Aktion Neustart“. Schon nach kurzer Zeit ist es ausgesprochen erfolgreich und zum Vorbild für andere Bundesländer geworden. „Neustart“ enthält eine aktive Komponente, das heißt Personen der Szene werden gezielt angesprochen, um sie zum Aussteigen zu bewegen. Gerade diese aktive Komponente hat die Innenministerkonferenz im Dezember 2011 als nachahmenswert empfohlen. „Neustart“ steht auch für die Beratung von Angehörigen und des persönlichen Umfeldes von Rechtsextremisten zur Verfügung. Wir haben bereits sechs Personen zum Ausstieg bewegen können. Weitere Fälle entwickeln sich positiv, so dass wir die berechtigte Hoffnung haben, dass wir junge Menschen vor einem noch tieferen Abgleiten in die Szene bewahren können.

Unsere Bekämpfungsansätze zeigen durchaus Wirkung: Das rechtsextreme Personenpotenzial ist in Niedersachsen in den letzten Jahren erfreulicherweise zurückgegangen.¹ Trotzdem: Es gibt überhaupt keinen Grund zur Entwarnung. Die Bekämpfung des Rechtsextremismus stellt uns vor beträchtliche Herausforderungen. Die Szene hat sich in jüngster Zeit augenfällig gewandelt. Nicht Parteien wie die NPD oder straff organisierte Kameradschaften, sondern lockere aktionsorientierte Zusammenschlüsse von häufig gewaltbereiten Neonazis gewinnen an Einfluss. Dabei zählt die persönliche Bekanntschaft weit mehr als eine Mitwirkung in Gremien oder offiziellen Strukturen. Auch Internet-Foren spielen dabei eine wichtige Rolle.

Ein markantes Beispiel für den Wandel in der rechtsextremen Szene sind die Autonomen Nationalisten, eine aggressive neonazistische Gruppierung, die von der Übernahme ursprünglich linksextremistischer Aktionsformen geprägt ist. Durch ihren Habitus und aktionsbetonten Stil wollen sich Autonome Nationalisten jugendlich geben – mit Erfolg: Ihre Anhängerzahl wächst!²

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

BILDUNGSWERK HANNOVER

Februar 2012

www.kas.de/hannover

www.kas.de

Autonome Nationalisten treten besonders in politischen Demonstrationen gewalttätig auf und machen aus ihrem Hass gegen den Staat und seine Repräsentanten keinen Hehl. Auch darin ähneln sie ihren linksextremistischen Gegnern bis aufs Verwechseln. Die Hemmschwelle, Gewalt gegen den politischen Gegner oder Polizisten einzusetzen, ist bei beiden Gruppierungen gleich Null.

SECHS PUNKTE FÜR DIE ZUKUNFT

Was ist in der künftigen Bekämpfung des Rechtsextremismus sicherheitspolitisch notwendig? Aus meiner Sicht kommt es im Wesentlichen auf folgende Punkte an:

Erstens

Wir müssen die Taten und Verflechtungen der NSU-Terrorgruppe rückhaltlos aufklären. Das ist das Mindeste, was wir den Opfern und ihren Angehörigen schulden, die viel zu lange im Ungewissen gelassen wurden. Sicherheitspolitische Versäumnisse der letzten Jahre müssen wir umgehend aufarbeiten und abstellen, damit sich eine derartige Mord- und Raubserie nicht wiederholt.

Unverzichtbar ist eine verfassungskonforme Neuregelung der Vorratsdatenspeicherung zur Bekämpfung nicht nur der organisierten Kriminalität, sondern eben auch der politisch motivierten Schwermriminalität. So ist es niemandem zu erklären, dass wir jetzt nur mit erheblicher Mühe das Umfeld der Terrorzelle aufklären können, weil vermutlich viele Telekommunikations-Verbindungsdaten der mutmaßlichen Täter bereits gelöscht wurden. Mit einer Neuregelung der Vorratsdatenspeicherregelung wären wir jetzt wahrscheinlich deutlich weiter bei den Ermittlungen im rechtsextremen Milieu.

In der rechtspolitischen Diskussion wird gerne unterschlagen, dass das Bundesverfassungsgericht die Vorratsdatenspeicherung als solche keineswegs verworfen hat. In seinem Urteil vom 2. März 2010 hat das Gericht vielmehr die Voraussetzungen für eine vorübergehende Speicherung von Kommunikationsverkehrsdaten klar definiert. Zudem steht Deutschland bei der Um-

setzung der verbindlichen EU-Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung in der Pflicht. Das Regelungsdefizit widerspricht in eklatanter Weise dem geltenden EU-Recht.

Zweitens

Immer wieder finden die Polizeibehörden, auch hier in Niedersachsen, bei Durchsuchungen illegale Waffen im Besitz von Rechtsextremisten.³ Das zeigt, wie wichtig ein konstanter Verfolgungsdruck auf die Szene ist. Wir werden neonazistische Gruppen in Niedersachsen im Hinblick auf Gewaltbereitschaft und Bewaffnung noch einmal systematisch überprüfen. Mehr noch: Auch legale Schusswaffen gehören nicht in die Hände von Rechtsextremisten.

Aus diesem Grund muss die Regelanfrage der Waffenbehörden auf den Verfassungsschutz ausgeweitet werden. Gemäß dem geltenden Waffengesetz ist bislang für die Zuverlässigkeitsprüfung eines Waffenbesitzers nur die Anfrage bei der zuständigen Polizeidienststelle erforderlich. Wenn jemand extremistisch ist, gilt er als unzuverlässig und darf keine Waffen erwerben.

Um eine umfassende Einschätzung zu bekommen, brauchen wir jedoch die Erkenntnisse der Verfassungsschutzbehörden. Dieses muss verbindlich im Waffengesetz geregelt werden – so zügig wie möglich!

Drittens

Wir müssen die vernetzte Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus intensivieren, und zwar auf mehreren Ebenen: Zum einen werden wir in Niedersachsen das seit 2004 bestehende Gemeinsame Informations- und Analysezentrum Polizei und Verfassungsschutz – GIAZ – mit zusätzlichen Aufgaben betrauen. Ab sofort nutzen wir das GIAZ nicht nur für Analysen und Auswertungen, sondern auch für die verstärkte Beobachtung des Internets. Das GIAZ soll den nahtstellenfreien Informationsaustausch zwischen Polizei und Verfassungsschutz gewährleisten.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

BILDUNGSWERK HANNOVER

Februar 2012

www.kas.de/hannover

www.kas.de

Zum anderen werden wir durch die Einrichtung eines gemeinsamen Informationsverbundes von Bund und Ländern mit Daten zu gewaltbereiten Rechtsextremisten und das neu geschaffene „Gemeinsame Abwehrzentrum Rechtsextremismus“ die operative und analytische Arbeit der Sicherheitsbehörden verbessern. An beiden Einrichtungen ist Niedersachsen aktiv beteiligt.

Viertens

Insider-Informationen aus dem extremistischen Milieu durch das Anwerben und Führen von sogenannten V-Leuten sind weiterhin unerlässlich. Nur so können wir das Innenleben der neonazistischen Szene durchleuchten. Niedersachsen hat für die Führung und den Einsatz von V-Leuten vorbildliche Standards.⁴

Fünftens

Im Lichte der jüngsten Ermittlungsergebnisse müssen wir auch ein neuerliches NPD-Verbotsverfahren sorgfältig prüfen. Fakt ist, dass es sich bei der NPD um eine neonazistische und damit zutiefst verfassungsfeindliche Partei handelt. Allerdings sind die hohen rechtlichen Hürden nüchtern zu bedenken, die sich vor allem aus der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts von 2003 hinsichtlich des Einsatzes von V-Leuten bei einem Parteiverbotsverfahren ergeben.

Deshalb muss hier die Devise „Sorgfalt vor Schnelligkeit“ gelten. Denn ein nochmaliges Scheitern vor dem Bundesverfassungsgericht wäre ein Desaster. Sollten die aktuellen Ermittlungen jedoch zweifelsfrei ergeben, dass systematische Verbindungen zwischen der NPD und dem Rechtsterrorismus bestehen, dann wäre ein NPD-Verbotsverfahren unausweichlich.

Flankierend müssen alle anderen Möglichkeiten unterhalb der Schwelle eines Verbotsverfahrens in die weiteren Überlegungen einbezogen werden. Dazu zählt auch der Ausschluss der NPD von der staatlichen Parteienfinanzierung durch Änderung des Grundgesetzes und des Parteiengesetzes.

Sechstens

Noch wichtiger als das operative Vorgehen gegen den Rechtsextremismus ist seine konsequente präventive Bekämpfung. Der Kampf gegen den Rechtsextremismus beginnt in den Köpfen. Hier sind wir in Niedersachsen seitens der Sicherheitsbehörden gut aufgestellt, zum Beispiel durch unser Aussteigerprogramm „Aktion Neustart“, aber auch durch eine Vielfalt von Bildungs-, Beratungs- und Aufklärungsangeboten, die wir gezielt vor Ort und in Schulen einsetzen.

Diesen Weg müssen und werden wir konsequent fortsetzen und fortentwickeln. So werden wir für dieses und nächstes Jahr ein Programm zur Stärkung des ehrenamtlichen Engagements gegen Rechtsextremismus in den Sportvereinen und in den Freiwilligen Feuerwehren beginnen. Dafür stellt das Innenministerium insgesamt 200.000 Euro je zur Hälfte für den Bereich des Sports und der Feuerwehren zur Verfügung. Es sollen in Zusammenarbeit mit Trägern der Erwachsenenbildung Multiplikatoren aus Sport und Feuerwehren qualifiziert werden, die in ihren Verbänden und Vereinen über Rechtsextremismus informieren und eigenständig Projekte und Initiativen umsetzen. Die Mittel stehen auch für die Durchführung dieser Vorhaben zur Verfügung. Die Sicherheitsbehörden sollen dieses Programm aktiv unterstützen, indem sie ihr Fachwissen einbringen und Materialien zur Verfügung stellen. So ermöglichen wir eine flächendeckende Verstärkung der Präventionsarbeit gegen Rechtsextremismus und erreichen eine Vielzahl junger Menschen. Wir werden außerdem in Zusammenarbeit mit dem Landespräventionsrat einen Leitfaden für die kommunale Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus herausgeben.

Wir würden allerdings einen schweren Fehler machen, wenn wir im Angesicht der Gefahren von Rechtsaußen den einen Extremismus gegen den anderen ausspielen würden. Ganz einfach gesagt: Das Terrornetz AL-QAIDA wird auch weiterhin Attentäter rekrutieren und auf mörderische Missionen gegen Ziele in Westeuropa schicken.

Erst recht werden gewaltbereite Linksextremisten mit der Entdeckung einer rechtsterroristischen Zelle nicht über Nacht friedli-

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

BILDUNGSWERK HANNOVER

Februar 2012

www.kas.de/hannover

www.kas.de

cher. Wahrscheinlich wird ihre ideologische Radikalisierung jetzt sogar noch angestachelt. Gefährliche Wechselwirkungen zwischen verfeindeten extremistischen Lagern kennen wir aus unserer jüngsten Geschichte zur Genüge.

Auch radikalisierte Einzeltäter, die sich im Internet ihre paranoide Ideologie selbst zusammen basteln, werden uns in Zukunft verschärft zu schaffen machen. Wohin das im Extremfall führen kann, hat der norwegische Attentäter ANDERS BREIVIK im Juli 2011 auf grausame Weise demonstriert. Eine lagegerechte strategische Sicherheitsvorsorge muss sich breit aufstellen. Denn eine entscheidende Lehre aus dem Fall der Zwickauer Terrorzelle ist doch die: Wir dürfen niemals den tödlichen Fanatismus von Extremisten unterschätzen, egal welchem ideologischen Lager sie angehören.

BEKÄMPFUNG DES LINKSEXTREMISMUS

Den Anfängen zu wehren und wachsam zu sein – dieser Leitsatz gilt auch für die Bekämpfung linksextremistischer Umtriebe. Wenn wir die autonome Szene in den Fokus nehmen, so fällt auf, dass die gewaltbereiten Linksextremisten Zulauf haben.⁵ Die politisch motivierte Gewalt in diesem Bereich ist weiterhin besorgniserregend hoch. Und linksextreme Gewalt zielt nicht nur, wie oftmals behauptet, gegen Sachen, sondern zunehmend auch gegen Personen.⁶

Vordergründig geht es den Linksautonomen in ihren politischen Aktionen um „Antifaschismus“, „Antimilitarismus“, „Antirassismus“ oder „Antikernkraft“. Im Kern jedoch zielen ihre Aktionen gegen den Bestand unseres demokratischen Rechtsstaates, seine Institutionen und Amtsträger. Wenn Autonome – wie beim Castoreinsatz geschehen – Gleise schottern, mit Nägeln gespickte Golfbälle gegen Polizisten schleudern, Beamte in Hinterhalte locken und mit Personen besetzte Mannschaftswagen anzünden, dann sind das kriminelle Angriffe auf Menschen und unser Gemeinwesen.

Zur Signatur linksautonomer Gewalt gehören nicht zuletzt gezielte Brandanschläge,

sei es auf die Infrastruktur der Deutschen Bahn, auf Kraftfahrzeuge oder auf öffentliche Einrichtungen. Insbesondere die im Oktober 2011 auf Bahnstrecken in Berlin und Brandenburg verübten Brandanschläge sind ein Alarmsignal. Erschreckend ist, dass diese Brandsätze flächendeckend und systematisch verteilt worden sind. Glücklicherweise kam es in den meisten Fällen nicht zur Explosion.⁷

Bereits im Mai 2011 hatten Linksextremisten Feuer an einer Kabelbrücke des Berliner S-Bahn-Knotenpunkts Ostkreuz gelegt und damit den Schienennahverkehr der Hauptstadt nahezu zum Erliegen gebracht. Selbstbeziehungsschreiben linksextremer Gruppierungen zu diesen Anschlägen liegen vor. Solche Sabotageakte auf Verkehrsknotenpunkte bewirken nicht nur enorme wirtschaftliche Schäden. Mehr noch: Damit nehmen Linksextremisten die Gefährdung für Leib und Leben von Reisenden und Beschäftigten der Deutschen Bahn bewusst in Kauf.

Wenn es um linksextremistische Gewalt in Niedersachsen geht, dann steht insbesondere Göttingen im Fokus der Aufmerksamkeit. Das reicht von gewalttätigen Demonstrationen und Blockaden, Übergriffen gegen Polizisten, über Gewaltaktionen gegen Verbindungsstudenten bis hin zu Brandanschlägen gegen Kraftfahrzeuge und staatliche Einrichtungen, wie zuletzt auf das Land-, Amts- und Arbeitsgericht Göttingen im Dezember 2011.⁸

Wer links motivierte Gewalt achselzuckend hinnimmt, verharmlost oder gar rechtfertigt, der hat ein gestörtes Verhältnis zu unserem Rechtsstaat. Besonders perfide ist in diesem Zusammenhang die janusköpfige Haltung der Partei DIE LINKE. Auf der einen Seite erhebt sie den Anspruch, auf dem Boden des Grundgesetzes zu stehen und präsentiert sich als Speerspitze im „Kampf gegen Rechts“. Auf der anderen Seite kooperieren Teile der Partei offen mit Extremisten aus dem In- und Ausland. So fungiert beispielsweise ihr niedersächsischer Landtagsabgeordneter PATRICK HUMKE als Bindeglied zwischen Linkspartei und der gewaltbereiten autonomen Szene. Er meldet für

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

BILDUNGSWERK HANNOVER

Februar 2012

www.kas.de/hannover

www.kas.de

dieses Spektrum Demonstrationen an, tritt dann dort als Redner auf und solidarisiert sich auch öffentlich mit gewaltbereiten Autonomen.

Darüber hinaus suchen Funktionäre wie die innenpolitische Sprecherin der Linksfraktion im Bundestag ULLA JELPKE den Kontakt zur verbotenen kurdischen Terrororganisation PKK. Sie setzen sich für deren Interessen ein und ermöglichen PKK-nahen Kurden über ihre offenen Listen den Einzug in die Landesparlamente.⁹ Diese Nähe von Teilen der Partei zu gewaltbereiten Extremisten ist – wie auch der Einfluss von extremistischen Strömungen innerhalb der Partei (*u. a. Kommunistische Plattform-KPF, Marxistisches Forum-MF, Sozialistische Linke-SL, Antikapitalistische Linke-AKL, Arbeitsgemeinschaft Cuba Si*) – ein wesentlicher Grund dafür, warum der Verfassungsschutz DIE LINKE zu Recht im Bund und in mehreren Ländern beobachtet. Die Partei hat nach wie vor kein zweifelsfreies Verhältnis zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Und es ist an ihr, diese Zweifel klar und unmissverständlich zu beseitigen.

Unabhängig davon sind im Kampf gegen die Gewaltstrukturen der linksautonomen Szene drei Punkte von wesentlicher Bedeutung:

1. Für das Phänomen der Brandanschläge ist die Erstellung eines bundesweiten Lagebildes notwendig, das die gegenwärtige Situation in den Ländern zu den Taten, den Tätern und deren Motiven analysiert. Auf dieser Basis gilt es, gemeinsame Bekämpfungsansätze der Sicherheitsbehörden zu entwickeln.

2. Die im November 2010 von der Innenministerkonferenz beschlossene „Gesamtkonzeption zur Bekämpfung der politisch motivierten Kriminalität –links–“ ist konsequent umzusetzen und im Lichte der jüngsten Brandanschläge fortzuentwickeln. Dabei bilden operative Maßnahmen von Polizei und Verfassungsschutz einschließlich des Einsatzes verdeckter Ermittler einen unverzichtbaren Bestandteil, um die abgeschotteten Strukturen gewaltbereiter Linksextremisten zu infiltrieren und mögliche Anschläge verhindern zu können.

3. Die gesamtgesellschaftliche Aufklärungs- und Präventionsarbeit muss den politischen Extremismus in all seinen Facetten erfassen. Zu begrüßen ist, dass seitens der Bundesregierung die Förderung von Präventionsprojekten bezogen auf den Linksextremismus in den letzten Jahren verbessert werden konnte. Den präventiven Schutz von Jugendlichen nicht nur gegen rechts-, sondern auch gegen linksextremistische Einflüsse müssen wir verstärken.

BEKÄMPFUNG DES ISLAMISMUS

Keineswegs gebannt sind auch die Gefahren islamistisch motivierter Gewalt in unserer Gesellschaft. Erst vor wenigen Wochen – Mitte Dezember 2011 – wurde der vierte Verdächtige der Düsseldorfer Terrorzelle in einem Bochumer Studentenwohnheim geschnappt. Die Mitglieder dieser Terrorzelle haben nach jetzigem Erkenntnisstand im direkten Auftrag von AL-QAIDA einen massiven Terroranschlag mitten in Deutschland geplant. Der Schlag gegen die Düsseldorfer Zelle macht einmal mehr deutlich: AL-QAIDA ist und bleibt aktiv – auch hier in Deutschland!

Wir dürfen außerdem nicht vergessen, dass in den vergangenen 10 Jahren hier in Deutschland weitere 8 islamistische Terroranschläge verhindert werden konnten – oder glücklicherweise scheiterten. Die Bandbreite des islamistischen Terrorismus reicht von Gruppierungen mit engen Beziehungen zu internationalen Netzwerken, über unabhängige Kleingruppen bis hin zu selbst radikalisierten Einzeltätern. Wie real die hiervon ausgehende Bedrohung mittlerweile ist, mussten wir Anfang März 2011 erleben, als ein fanatisierter Einzeltäter am Frankfurter Flughafen zwei US-Soldaten erschoss und zwei weitere Soldaten schwer verletzte. Dies war der erste tödliche Anschlag auf deutschem Boden mit islamistischem Hintergrund. Nur einer Ladehemmung an der Tatwaffe war es zu verdanken, dass nicht noch mehr Opfer zu beklagen waren.

Die Analyse der Gefahren, die vom islamistischen Terrorismus ausgehen, ist wichtig und richtig. Jede noch so gute Analyse nutzt freilich nichts, wenn daraus keine oder

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

BILDUNGSWERK HANNOVER

Februar 2012

www.kas.de/hannover

www.kas.de

nur unzureichende Schlüsse hinsichtlich der geeigneten Abwehrmaßnahmen gezogen werden. Die nach dem „11. September“ geschaffenen operativen Befugnisse für unsere Sicherheitsbehörden sind für eine effektive Terrorismusabwehr unabdingbar.¹⁰

Ebenso unabdingbar sind gut vernetzte Sicherheitsbehörden. Hier war Niedersachsen mit dem 2004 geschaffenen Gemeinsamen Informations- und Analysezentrum von Polizei und Verfassungsschutz (GIAZ) Vorbild für das Gemeinsame Terrorismusabwehrzentrum (GTAZ) auf Bundesebene. Und mit der auf Initiative von Niedersachsen 2006 geschaffenen Anti-Terror-Datei (ATD) haben wir einen gemeinsamen Informationsverbund mit wichtigen Erkenntnissen zur gewaltbereiten islamistischen Szene. Sie dient als Vorbild für die jetzt zu errichtende „Zentraldatei Rechtsextremismus“.

Doch weiterhin bestehen Schutzlücken, die wir dringend beheben müssen. Ich habe bereits darauf hingewiesen, wie wichtig eine Neuregelung der Vorratsdatenspeicherung ist.

Effektive Maßnahmen der operativen Terrorismusbekämpfung¹¹ sind das Eine. Doch diese Maßnahmen kommen zumeist erst dann zum Einsatz, wenn die Radikalisierung einer Person oder Gruppierung schon weit fortgeschritten ist.

Wer den islamistischen Terrorismus langfristig wirksam bekämpfen will, muss das Übel an der Wurzel packen. Deshalb müssen wir auch hier verstärkt auf Prävention und Intervention setzen, wie wir es beim Rechts extremismus bereits zielgerichtet tun. Das bedeutet, dass wir Radikalisierungsprozesse so früh wie möglich erkennen und unterbrechen, ja am besten von vornherein verhindern müssen. Niemand wird als Jihadist geboren. Das Abdriften in den gewaltbereiten Islamismus ist vielmehr das Ergebnis eines komplexen Radikalisierungsprozesses. Und diese Radikalisierungsprozesse finden immer häufiger mitten in Deutschland, mitten in unserer Gesellschaft statt:

Zum Kern der Düsseldorfer Terrorzelle zählen unter anderem ein Deutscher marokka-

nischer und ein Deutscher iranischer Herkunft. Oder denken Sie auch an die Vorgeschichte des Frankfurter Anschlags auf US-Soldaten im März letztes Jahr: Der Attentäter hat sich – nach allem was wir wissen – zu Hause in Frankfurt mit Hilfe von Hasspropaganda im Internet in verhältnismäßig kurzer Zeit radikalisiert. Die propagandistische Wirkung des islamistischen Extremismus lässt äußerlich hier in Deutschland gut integrierte junge Menschen unbemerkt zu „Selfmade-Terroristen“ werden. Sehr häufig handelt es sich um Muslime der dritten Generation – und insbesondere auch solche, die als gut integriert und sozial eingebunden erscheinen. So stand etwa ein Mitglied der Düsseldorfer Zelle kurz vor dem Abitur.

Um es auch hier noch einmal deutlich zu sagen: Der so notwendige Kampf gegen den islamistischen Terrorismus ist kein Kampf gegen den Islam. Denn die islamistischen Terroristen stehen für eine Pervertierung des Islam. Nicht von „dem Islam“ gehen Gefahren aus, sondern von islamistischen Splittergruppen, die die Religion für ihre politischen Zwecke missbrauchen. Und wir dürfen nicht vergessen: Nicht etwa Bürger der westlichen Welt, sondern Muslime sind weltweit die zahlreichsten Opfer islamistischer Anschläge.¹²

Extremistische, gar gewaltbereite Muslime bilden eine kleine Minderheit. So leben in Deutschland gegenwärtig rund 4 Mio. Muslime. Als Anhänger islamistischer Bestrebungen gelten davon rd. 37.500 Personen, also kaum mehr als 1%. Und von diesen Extremisten werden in Deutschland ca. 1000 Personen dem gewaltbereiten islamistischen Spektrum zugerechnet. Dass im islamistischen Terrorismus dennoch eine zentrale Herausforderung unserer Zeit gesehen werden muss, hängt ganz wesentlich damit zusammen, dass schon von einer Einzelperson unsägliches Leid ausgehen kann.

Auch wenn es keine typischen Radikalisierungsverläufe gibt, so spielen doch häufig bestimmte Faktoren eine wichtige Rolle. Das sind soziale Entfremdungen, also das Gefühl, nicht dazuzugehören; Identitätskonflikte und die Suche nach Halt, Sinn und Orientierung; das Wirken radikaler Prediger

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

BILDUNGSWERK HANNOVER

Februar 2012

www.kas.de/hannover

www.kas.de

und die Internetpropaganda; die Gruppendynamik von Gleichgesinnten, die gewissermaßen zu einer „Ersatzfamilie“ zusammenfinden. Diese Faktoren zeigen ganz klar: Es würde zu kurz greifen, die Bekämpfung des islamistischen Terrorismus ausschließlich als Aufgabe von Verfassungsschutz und Polizei zu verstehen. Hier haben wir es vielmehr mit einer gesamtgesellschaftlichen Herausforderung ersten Ranges zu tun.

Deshalb habe ich in Niedersachsen eine Projektgruppe „Antiradikalisierung“ unter Federführung des Verfassungsschutzes eingesetzt, die einen ganzheitlichen Ansatz entwickelt hat, um der Radikalisierung junger Muslime entgegenzuwirken. Das Handlungskonzept wollen wir noch im Frühjahr dieses Jahres vorstellen und auf den Weg bringen. Wir wollen so die operative Terrorismusbekämpfung durch ein gesellschaftlich verankertes Präventionsnetzwerk gegen islamistische Radikalisierung und Rekrutierung flankieren. Eine Schlüsselrolle kommt dabei den kommunalen Präventionsgremien und ganz besonders den Moscheegemeinden sowie Interessenvertretungen der Muslime zu.

Die muslimisch geprägte Bevölkerung ist unser wichtigster Verbündeter, wenn es darum geht, das Abgleiten von Jugendlichen in den Islamismus zu verhindern. Immer mehr Muslime tragen den deutschen Pass. Sie sind damit deutsche Staatsbürger mit allen Rechten, aber auch mit Pflichten. Von dem amerikanischen Präsidenten JOHN F. KENNEDY stammt der berühmte Leitsatz: „Frage nicht, was Dein Land für Dich tun kann, sondern was Du für Dein Land tun kannst!“ Die Aufforderung an die hier lebenden Muslime, wachsam gegenüber extremistischen Bestrebungen zu sein, ist daher keine Aufforderung zur Denunziation. Es ist nicht mehr und nicht weniger als die Bitte, sich umfassend in die Gesellschaft einzubringen, in der sie leben. Ist das nicht eine Selbstverständlichkeit?

FAZIT

Mir ist es wichtig, abschließend noch einmal drei Prämissen deutlich herauszustellen, die

für eine nachhaltige Bekämpfung von Extremismus und Terrorismus unverzichtbar sind:

1. Der Staat hat gegenüber allen Bürgerinnen und Bürgern, egal welcher sozialen Herkunft, Religion, Abstammung oder Hautfarbe sie sind, seine Schutzpflicht wahrzunehmen – konsequent und unbeirrt!
2. Das Leitbild der wehrhaften Demokratie verlangt, dass wir jeglicher Form des extremistischen Kampfes gegen die Grundfesten unseres Gemeinwesens mit allem Nachdruck entgegentreten.
3. Wir dürfen nicht den einen Extremismus gegen den anderen ausspielen. Sonst laufen wir Gefahr, aktuelle und künftige Risiken falsch einzuschätzen, was uns teuer zu stehen kommen kann. Und erst recht ist es ein Spiel mit dem Feuer, wenn sich Demokraten mit Extremisten der einen Couleur gegen Extremisten der anderen Couleur zusammen tun.

Kurz gesagt: Ich will nicht den Rechtsextremismus mit Linksextremisten der „Autonomen ANTIFA“ bekämpfen. Genauso verwerflich wäre es, Linksextremismus mit Rechtsextremisten zu bekämpfen oder Islamisten mit Islamhassern zu bekämpfen.

Die Devise der Niedersächsischen Landesregierung ist und bleibt: Null Toleranz gegen politische Extremisten jeder Ausrichtung – ob von rechts, von links oder von islamistischer Seite.

Das ist die Grundlage zum Schutz unserer Verfassung. Und daran halten wir uns.

BILDUNGSWERK HANNOVER

Februar 2012

www.kas.de/hannoverwww.kas.de

¹ 2008: 2.780 Personen / 2009: 2.195 Personen / 2010: 2.045 Personen; davon 920 gewaltbereite Rechtsextremisten in 2010 (bundesweit: 9.500). Zur Entwicklung der rechtsextremen Straftaten in Niedersachsen: Die Gesamtzahl lag 2010 bei 1.391 Delikten (Vorjahr: 1.788 Delikte), d. h. es war ein Rückgang um 22,2% zu verzeichnen. Die Gewaltdelikte gingen um 28,2% zurück, nämlich 80 Delikte in 2010 gegenüber 112 Delikten in 2009. Aus: Verfassungsschutz-Bericht Niedersachsen 2010, S. 85-90.

² Vom neonazistischen Personenpotenzial (5.600 bundesweit) sollen mittlerweile bis zu 20% dem rechtsautonomen Spektrum angehören. Regionale Schwerpunkte sind Berlin und das Ruhrgebiet. In Niedersachsen werden ca. 40-50 Rechtsextremisten den „Autonomen Nationalisten“ zugerechnet. Aus: Verfassungsschutz-Bericht Niedersachsen 2010, S. 124.

³ Beispiel: Bei einer Durchsuchung am 30.11.2008 haben Göttinger Polizeibeamte in den Wohnungen von Rechtsextremisten aus der Region zahlreiche Waffen vorgefunden. Siehe: Presseinformation des Niedersächsischen Ministerium für Inneres und Sport vom 11.12. 2008.

⁴ V-Leute haben geholfen, die Zahl rechtsextremer Konzerte in Niedersachsen auf niedrigem Niveau zu halten. Der verhinderte Anschlag auf die Münchener Synagoge im Jahr 2003 sowie zahlreiche Verbote von neonazistischen Organisationen seit 1992 wären ohne die Informationen von V-Leuten kaum oder gar nicht möglich gewesen.

⁵ In Niedersachsen stieg das Potenzial gewaltbereiter Linksextremisten von 720 Personen (Bund: 6.600) in 2009 auf 910 Personen (Bund: 6.800) in 2010. Aus: Verfassungsschutz-Bericht Niedersachsen 2010, S. 170.

⁶ In Niedersachsen 109 linksextreme Gewaltdelikte 2010 gegenüber 166 Gewaltdelikten in 2009. Bundesweit 944 linksextreme

Gewaltdelikte in 2010, davon 541 Körperverletzungen, gegenüber 1.115 Gewaltdelikten in 2009, davon 502 Körperverletzungen. Aus: Verfassungsschutz-Bericht Niedersachsen 2010, S. 163-164.

⁷ Der Generalbundesanwalt hat am 12. Oktober 2011 u. a. ein Ermittlungsverfahren gem. § 88 StGB -Verfassungsfeindliche Sabotage- eingeleitet und das BKA mit den polizeilichen Ermittlungen beauftragt.

⁸ Wichtige autonome Akteure in Göttingen sind u. a. die „Redical“ [M], die „Antifaschistische Linke International (A.L.I.)“ und die seit 2008 aktive „Jugendantifa Göttingen (J.A.G)“. Sie pflegen intensive Kontakte zu linksautonomen Gruppierungen im gesamten Bundesgebiet. Das linksextreme Personenpotenzial in Göttingen beläuft sich auf rd. 250 Personen.

⁹ Für DIE LINKE sitzen u. a. Ali Atalan, Hamide Akbayir (beide Nordrhein-Westfalen), Cansu Özdemir (Hamburg) und Evrim Baba (Berlin) in deutschen Landesparlamenten. Im Landesvorstand der Linkspartei in Niedersachsen sitzt außerdem der als PKK-Unterstützer eingestufte Ylmaz Kaba aus Celle.

¹⁰ Hierzu zählen die präventive Rasterfahndung gem. § 45a Nds. SOG – Datenabgleich mit anderen Dateien; erweiterte nachrichtendienstliche Abfragemöglichkeiten gemäß Terrorismusbekämpfungsgesetz 2002 und Terrorismusbekämpfungsergänzungsgesetz; EU-Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung 2006 (noch nicht umgesetzt); Gesetz zur Abwehr von Gefahren des internationalen Terrorismus durch das BKA 2008 - mit Möglichkeit der Online-Durchsuchung und Quellen-TKÜ; Gesetz zur Verfolgung der Vorbereitung von schweren staatsgefährdenden Gewalttaten 2009 [§§ 89a,b, 91StGB]; Visa-Warndatei 2011.

¹¹ Dazu gehören polizeiliche, nachrichtendienstliche und strafrechtliche Mittel.

¹² Nach einer US Untersuchung zu den Opfergruppen von AL-QAIDA aus dem Jahr

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

BILDUNGSWERK HANNOVER

Februar 2012

www.kas.de/hannover

www.kas.de

2009 waren 15% der zwischen 2004 und 2008 von islamistischen Terroristen Getöteten westliche Staatsangehörige; der Großteil der Opfer waren Muslime in Krisenländern wie Afghanistan, Pakistan und Irak. Siehe: Scott Helfstein/Nasser Abdullah/Muhammad al-Obaidi, Deadly Vanguard: a study of al-Qaida's violence against Muslims, Combating Terrorism Centre at West Point 2009, S. 2-3.